

Zürcher Kantonsrat

## Ein Gericht auf der Anklagebank

---

von Andreas Schürer / 3.7.2017, 20:28 Uhr

---

Die Linke übernimmt im Kantonsrat die Rolle der Verteidigung des angegriffenen Sozialversicherung einer speziellen, aber erfolgreichen Strategie.

---

Scharfe Kritik haben sich am Montag im Zürcher Kantonsrat die Verantwortlichen des Sozialversicherungsgerichts anhören müssen. Anlass war die Beratung des Rechenschaftsberichts für das Jahr 2016. Normalerweise ist die Genehmigung Formsache. Dieses Jahr war dies beim Sozialversicherungsgericht anders.

Die Mehrheit der Justizkommission (Juko) beantragte, den Rechenschaftsbericht nur unter Vorbehalt zu genehmigen und nicht die Arbeit des Gerichts zu verdanken, sondern nur jene der Mitarbeitenden. Die SVP sprach sich für Ablehnung aus, und sie wollte gänzlich auf ein Dankeschön verzichten. Was steckt hinter dem, was Manuel Sahli (al., Winterthur) als «politischen Kindergarten» bezeichnete und Esther Meier (sp., Zollikon) als Peinlichkeit, die in die gleiche Kategorie gehöre, wie die Nachbarin wegen einer Brombeerhecke nicht mehr zu grüssen? Juko-Präsident Tobias Mani (evp., Wädenswil) führte aus, dass das Sozialversicherungsgericht ein Sorgenkind sei. Unter dem früheren Präsidenten habe die Kommunikation mit dem Parlament nicht gerade optimal funktioniert. So habe das Gericht im Laufe des Jahres 2016 den Beschäftigungsumfang auf 69,8 Stellen erhöht, obwohl der Kantonsrat nur 66,2 Stellen budgetiert habe. Ohne mit der Juko das Gespräch zu suchen, habe das Gericht die Saldoverschlechterung von 430 000 Franken in Kauf genommen. Für Irritationen gesorgt habe auch, dass erst Nachfragen ergeben hätten, wie teuer der Ausbau der Sicherheitsvorkehrungen im Gerichtsgebäude zu stehen komme – nämlich etwa dreimal so teuer, wie vom Sozialversicherungsgericht eingestellt.

## **«Obstruktion» des Gerichts**

Für Hans-Peter Amrein (svp., Küsnacht) ist es Ausdruck von Obstruktion, dass das Gericht entgegen dem Budget und den Vorgaben der [Leistungsüberprüfung 2016](#) den Stellenplan überschritten habe. Roland Scheck (svp., Zürich) verwies darauf, es sei für eine konstruktive Zusammenarbeit elementar, dass das Gericht die Budgethoheit des Kantonsrats respektiere. André Müller (fdp., Uitikon) betonte, die fachliche Kompetenz des Gerichts sei zwar hervorragend. Dies reiche indes nicht, um gut zu führen. An die Adresse des neuen Gerichtspräsidenten, Erich Gräub, sagte Müller: «Reissen Sie das Steuer herum – betrachten Sie die Genehmigung unter Vorbehalt als Ausdruck unserer Sorge.» Hans-Peter Brunner (fdp., Horgen) verteidigte die Dankespassage: Dank einem Feilschen um jedes Wort sei eine ausgewogene Formulierung gefunden worden, mit der einerseits Kritik an der Führung und andererseits Wertschätzung der Mitarbeiter zum Ausdruck gebracht werde.

## **«Die Eltern sind die Täter»**

Robert Brunner (gp., Steinmaur) hielt dagegen, der Stellenplan sei keine Beschlussgrösse im Budget – angesichts der steigenden Pendenzen des Gerichts sei der höhere Personalaufwand gerechtfertigt. Der Kommandotön der Bürgerlichen sei stossend. Markus Bischoff (al., Zürich) stiess sich am Begriff «Sorgenkind», mit dem das Sozialversicherungsgericht bezeichnet wurde, und entgegnete: «Der Begriff impliziert, dass die Eltern es gut meinten und das Kind sich nicht benehme. Das Gegenteil ist der Fall – die Eltern sind die Täter.» Seit Jahren betrieben die Bürgerlichen ein Bashing des Sozialversicherungsgerichts, das nicht mit ihrer Klientel, sondern mit sozial Schwachen zu tun habe. Auch Davide Loss (sp., Adliswil) kritisierte, das Sozialversicherungsgericht werde als Gericht zweiter Klasse behandelt, das im Unterschied etwa zum Obergericht keine Lobby habe.

Gerichtspräsident Erich Gräub strich hervor, dass 2016 die Zahl der Fälle gegenüber 2015 um 8 Prozent zugenommen und sich mittlerweile ein Arbeitsvorrat von etwa einem Jahr angehäuft habe. Viele Prozessparteien müssten bis zu 18 Monate auf einen Entscheid warten, was vor allem in Bezug auf Fälle, in denen es um IV-Renten gehe, sehr lange sei.

## Kniff in der Cup-Abstimmung

Spannend wurde es in der Ausmarchung. Drei Anträge standen sich im Cup-System gegenüber: Die Juko-Mehrheit empfahl Genehmigung des Rechenschaftsberichts nur unter Vorbehalt und Dank nur an die Mitarbeiter, die AL beantragte Genehmigung und Dank an das Gericht, die SVP verlangte Ablehnung ohne Dank. Der AL-Antrag schwang im Durchgang eins obenaus. Dann der Kniff der Linken: Beim Direktduell Juko- gegen SVP-Antrag stimmten sie mit der SVP, um die FDP im Final gegen den eigenen Antrag in eine unangenehme Situation zu bringen. Die Rechnung ging auf. In der finalen Abstimmung obsiegte der AL- gegenüber dem SVP-Antrag mit 81 zu 57 Stimmen – bei 32 Enthaltung vorwiegend aus der FDP.



### Zürcher Haushaltssanierung **Alle müssen sparen**

von Andreas Schürer / 14.4.2016, 05:30

Dem Kanton Zürich fehlen bis 2019 rund 1,8 Milliarden Franken. Nun ist klar, was der Regierungsrat unternehmen will. Auf brutale Einschnitte verzichtet er, ungeschoren davon kommt aber auch niemand.



### Budgetdebatte im Zürcher Kantonsrat **Gerichtspräsident übernimmt Kürzung persönlich**

von Andreas Schürer / 9.12.2015, 08:30

Tag zwei der Budgetdebatte im Kantonsrat bringt ein Novum: Der Präsident des Verwaltungsgerichts ärgert sich über eine Kürzung – und will nötigenfalls persönlich 190 000 Franken übernehmen.

## Newsletter Zürich

Einmal pro Woche gibt es vom Zürich-Ressort der NZZ die wichtigen News, Veranstaltungstipps und Hinweise auf gute Lokale und Restaurants kostenlos ins E-Mail-Postfach. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)